

## **Krisenschulden-Bilanz**

**„Die Auswirkungen der stärksten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren konnten mit massiver Staatsintervention rasch eingedämmt werden“, sagt AK Präsident Herbert Tumpel. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, allerdings weniger stark als in anderen europäischen Ländern. Banken wurden gerettet, der Wirtschaftseinbruch begrenzt, die Masseneinkommen stabilisiert – aber vor allem wurden auch die Vermögenswerte gesichert. All das gab es nicht zum Nulltarif – im Gegenteil: In der Eurozone sammelten sich Krisenschulden von fast 20 Prozent des BIP bzw. über 1,5 Billionen Euro an. Die Krisenschuld wurde nicht nur durch Banken- und Konjunkturpakete verursacht. Auch die Absicherung der durch die Krise arbeitslos gewordenen Menschen, die Kurzarbeit und vor allem die krisenbedingten Einnahmehausfälle trugen dazu bei.**

**Diese Summen waren notwendig um erstens, eine soziale Krise abzuwenden, zweitens, eine Negativspirale wie in den 1930er Jahren zu verhindern, drittens, das gescheiterte Bankensystem zu retten und viertens, die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern. „Die Krisenschulden fielen nicht an, weil die Staaten oder alle EuropäerInnen über ihre Verhältnisse gelebt haben, sondern weil nicht nachhaltige Wachstumsmodelle fundamental gescheitert sind“, so Tumpel. Die beste Konsolidierungsstrategie wäre gewesen, die Krise zu vermeiden. Nun sollte man die Konsolidierung so gestalten, dass sie zukünftige Krisen unwahrscheinlicher macht und die Vermögenden, deren Werte erst mit dem staatlichen Eingreifen wieder steigen konnten, beteiligt.**

**Zu allererst muss ein sinnvolles Regelwerk die Finanzmärkte im Zaum halten. Dazu gehört, dass Finanztransaktionen und Banken besteuert werden. Zudem muss die Massenkauftkraft statt Finanzvermögen gestärkt werden – aus Gründen der Stabilität und der Gerechtigkeit. Tumpel: „Es ist bezeichnend, dass gerade im Hauptkrisenjahr 2009 die Vermögen bzw. die Zahl der Millionäre wieder deutlich gestiegen ist – vor allem aufgrund steigender Börsenkurse.“ Diese hängen eng damit zusammen, dass Unternehmen bei Personal sowie Investitionen sparten, während sie zumeist die Dividendenausschüttungsquoten steigerten.**

Die AK fordert daher:

- **Langfristige Behebung der Mängel im Wirtschafts- und Finanzsystem – insbesondere klare Regeln auch für Finanzmärkte.**
- **Langfristige Konsolidierung, die in eine nachhaltige wirtschaftspolitische Gesamtstrategie eingebettet ist. Die Konsolidierung kann nur erfolgreich sein, wenn Wachstum und Beschäftigungszuwächse gewährleistet sind.**
- **Der Budgetspielraum muss für Offensivmaßnahmen genutzt werden. Dabei muss in wichtige Zukunftsbereiche wie etwa den Ausbau der Kinderbetreuung, Rehabilitation vor Pension, die Gesundheitsstraße sowie in die Qualifizierung von Jugendlichen investiert werden.**
- **Einnahmenseitiger Konsolidierungsschwerpunkt, der hauptsächlich bei Vermögen ansetzt, das von den Krisenmaßnahmen besonders profitierte und aufgrund der ungleichen Verteilung eine Quelle weiterer Finanzkrisen darstellt. Es ist nur gerecht, wenn die Reichen nun endlich auch bei uns so viel Steuern zahlen wie international üblich.**
- **Folgende steuerliche Maßnahmen müssen eingeführt werden, um mehr Gerechtigkeit ins Steuersystem zu bringen:**
  - + **Bankenabgabe,**
  - + **Maßnahmenpaket gegen Steuerbetrug,**
  - + **Vermögenszuwachssteuer,**
  - + **Finanztransaktionssteuer – auch im österreichischen Alleingang,**
  - + **Begrenzung der Absetzbarkeit von Managergehältern,**
  - + **Abschaffung der Stiftungsprivilegien,**
  - + **Einschränkung der Gruppenbesteuerung.**

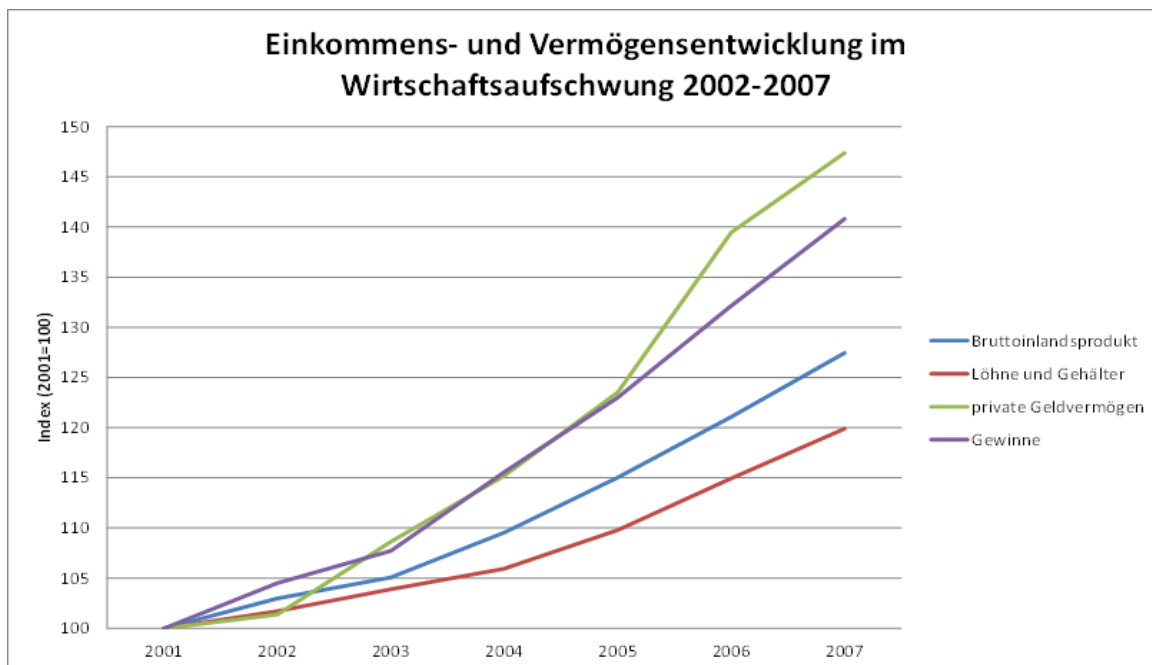
### **Reich aus der Krise heraus**

Die Vermögenden haben unter der Wirtschaftskrise kaum gelitten. Wenngleich auch sie im Jahr 2008, dem Jahr des Kriseneinbruchs, zumeist Einbußen hinnehmen mussten, so hielt dieser Einbruch für sie nicht lange an, denn: Ende 2009, schon kurz nach dem Höhepunkt der Krise, erreichte das Geldvermögen abzüglich Schulden in Österreich mit satten 325 Milliarden Euro einen neuerlichen Rekordwert. Das ist gut zweieinhalbmals so viel, wie sämtliche ArbeitnehmerInnen in Österreich in einem Jahr verdienen. Der neue Rekord wäre ohne milliardenschwere staatliche Banken- und Konjunkturpakete nicht möglich gewesen, die vor allem Unternehmen zu Gute kommen sollten: Für die Banken ein Rettungspaket mit bis zu 90 Milliarden Euro, für Unternehmen das Liquiditätsstärkungsgesetz mit bis zu 10 Milliarden Haftungen sowie eine Ausweitung von milliardenschweren Export- und Kredithilfen, Internationalisierungsoffensive etc. Es war kein Zufall, dass in Folge der Marktwert der Aktien der größten heimischen börsennotierten Unternehmen in den eineinhalb Jahren nach ihrem Tiefststand um 28 Milliarden Euro bzw. um mehr als 60 Prozent stieg. Die Aktien der Erste Bank alleine verzeichneten in den sechs Monaten nach der Stützungsaktion, bei der der Staat Partizipationskapital von 1,2 Milliarden Euro plus Haftungen in Milliardenhöhe vergab, eine Wertsteigerung um 285 Prozent bzw. 6,9 Milliarden Euro.

In den Vermögensmilliarden inbegriffen sind zwar auch die kleinen Sparguthaben. Aber die Verteilung der Geldvermögen in Österreich ist alles andere als gerecht, wie Berechnungen der Österreichischen Nationalbank zeigen: Das reichste Tausendstel besitzt in Österreich so viel Vermögen wie die gesamte untere Hälfte der Haushalte – auf Konten oder in Form von Wertpapieren inklusive Aktien und Unternehmensbeteiligungen. Je nach Schätzung leben in Österreich inzwischen zehntausende Euromillionäre (z.B. gemäß Valluga AG 68.900).

**„Wir“ haben nicht über „unsere“ Verhältnisse gelebt**

Im vergangenen Jahrzehnt wuchsen nur Vermögen und Unternehmensgewinne rasant – die Gesamtsumme der Verdienste der ArbeitnehmerInnen real jedoch wenig: Bereinigt um die Preisentwicklung stiegen im letzten Wirtschaftsaufschwung die Löhne und Gehälter gerade mal um 8 Prozent, während die Gewinne um 29 Prozent stiegen. Gemäß der Verteilungsstudie des WIFO aus dem Vorjahr kommen zwei Faktoren verschärfend hinzu: Erstens die Entwicklung der Steuerbelastung, weil die stärker wachsenden Gewinne und Vermögen sogar entlastet, die ArbeitnehmerInnen in Summe allerdings belastet wurden. Zweitens verteilten sich die Zuwächse auch innerhalb der Gruppen ungleich: SpitzenverdienerInnen kam ein überproportionaler Anteil zu Gute, während es für die niedrigsten Einkommensgruppen kaum Reallohnzuwächse gab – trotz Aufschwung. Beispielsweise stiegen die Managergehälter der ATX-Unternehmen seit 2003 vom 20-fachen auf das 35-fache Einkommen eines durchschnittlichen Arbeitnehmers in diesen Betrieben.



Quelle: Statistik Austria, OeNB; eigene Berechnungen.

In der Krise selbst hatten die ArbeitnehmerInnen mit höherer Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und damit häufig mit Einkommenseinbußen zu kämpfen. Trotzdem heißt es jetzt: Alle müssten ihren Beitrag leisten, um die Staatsschulden zu senken. Weil:  
Seite 3 / 6

Wir alle hätten über unsere Verhältnisse gelebt. Zur Debatte stehen höhere Massensteuern auf Sprit oder auf den Energieverbrauch beim Heizen – und Einsparungen im Sozialbereich, die vor allem ArbeitnehmerInnen treffen könnten. „Da stellt sich jedoch eine Frage: Wer ist dieses „wir“, das da die ganze Zeit über unsere Verhältnisse gelebt haben soll? Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jedenfalls nicht. Sie haben die Krise nicht verursacht und vor ihr nicht ausreichend an den Wohlstandszuwächsen partizipiert. Daher muss klar sein: Die Arbeitnehmerinnen wollen die Krot nicht schon wieder schlucken! Gerechtigkeit muss sein“, betont Tumpel.

Heuer wird die Gesamtschuld von Bund, Ländern und Gemeinden um bis zu 28 Milliarden Euro höher sein, als die Regierung vor der Krise 2007 noch geplant hat. Die größten Brocken darunter: Neun Milliarden Einnahmementfall als Folge der schlechteren Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung, sechs Milliarden zur Rettung oder Stützung der Banken, sechs Milliarden zur Ankurbelung der Wirtschaft, zwei Milliarden Mehrausgaben wegen höherer Arbeitslosigkeit. Der Einnahmementfall war beispielsweise bei Steuern auf Gewinne von Kapitalgesellschaften sowie Kapitalerträgen mit 1,9 Milliarden Euro alleine 2009 besonders stark. Einschränkend ist allerdings festzuhalten, dass sich die Konjunktur heuer deutlich besser als noch im Frühjahr erwartet entwickelt hat, weshalb die Krisenschulden 2010 wohl um mindestens eine Milliarde Euro geringer ausfallen werden. „Wir sehen gerade einmal mehr, dass eine gelungene Konsolidierung nur mit mehr Wachstum und Beschäftigung möglich ist“, unterstreicht Tumpel.

### Die Krise hat den Großteil des Schuldenanstiegs verursacht – nicht die Sozialleistungen

**Aufstellung:** Aufschlüsselung Schuldenzuwachs (Beträge in Mrd. Euro)

170,6 Staatsschulden-Prognose 2010, BMF (Stabilitätsprogramm, Nov 2007)

198,4 Aktuelle Staatsschulden-Prognose 2010, BMF (Notifikation, 30.9.2010)

---

**27,9 Differenz = ungeplanter Schuldenzuwachs**

9,6 geplanter Schuldenzuwachs Ende 2007 für Zeitraum 2008-2010

---

37,4 Gesamtschuldenzuwachs 2008-2010

Aufschlüsselung ungeplanter Schuldenzuwachs	2008	2009	2010	2008-2010
<b>Krisenschulden</b>	<b>0,9</b>	<b>12,2</b>	<b>10,7</b>	<b>23,8</b>
<i>krisenbedingter Einnahmementfall</i>		4,0	5,4	9,4
<i>Bankenpaket (nur Eigenkapitalmittel)</i>	0,9	4,8	0,5	6,2
<i>Konjunkturmaßnahmen</i>		2,7	3,6	6,4
<i>Mehrausgaben krisenbedingte Arbeitslosigkeit</i>		0,7	1,1	1,8
NR-Beschlüsse 24.9.08	0,6	1,1	1,1	2,8
Anti-Teuerungspaket 2008	0,2	0,3	0,3	0,8
Nicht zuordenbar				0,4
<b>Summe</b>	<b>1,7</b>	<b>13,6</b>	<b>12,1</b>	<b>27,9</b>

Quelle: BMF; eigene Berechnungen (basierend vor allem auf den Stabilitätsprogrammen Nov.2007 und Jan.2010 und einer Schätzung der Arbeitslosigkeitskosten des BMASK).

Auch wenn der krisenbedingte Einnahmenentfall sowie die Mehrausgaben für die gestiegene Arbeitslosigkeit in der Tabelle 2010 wegen der nun besseren Wirtschaftsentwicklung etwas überschätzt sein dürften, zeigt sie eines ganz deutlich: Nicht die ArbeitnehmerInnen haben über ihre Verhältnisse gelebt, sondern die Krise ist schuld an höheren Staatsausgaben und Einnahmenausfällen. Darüber hinaus war schon vor der Krise der Beitrag der ArbeitnehmerInnen zu den Staatsfinanzen überdurchschnittlich – im Gegensatz zu den Unternehmen und den Vermögenden, denn in Österreich ist Arbeit besonders hoch und Kapital und Vermögen sehr niedrig besteuert. Und in den letzten Jahren wurden diese Privilegien für Unternehmen und große Vermögen sogar noch ausgeweitet: Von der Gewinnsteuersenkung für Aktiengesellschaften und GmbHs bis hin zur Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Ohne diese Steuergeschenke, hätte der Staat ein wesentlich geringeres Defizit. So kommt es, dass die Gesamtabgabenquote in Österreich zwar im Mittelfeld Europas liegt, die Abgabenquote von Kapitalgesellschaften und Vermögen jedoch unterdurchschnittlich ist.

Die Konsolidierung muss folglich zu allererst auf der Einnahmenseite ansetzen und zwar dort, wo sie eine adäquate Krisenantwort ist und von den Betroffenen geschultert werden kann: bei Vermögenden und Unternehmen. Das würde bedeuten, Vermögenszuwächse zu besteuern, Steuerprivilegien von Privatstiftungen zu beseitigen und die Gruppenbesteuerung einzuschränken, denn diese ermöglicht es Konzernen, sich ausländische Verluste von österreichischen Steuerzahlern ersetzen zu lassen. Zusätzlich müsste der Finanzsektor stärker reguliert werden, auch – aber nicht nur – mit Steuern: Finanztransaktionssteuer, Bankenabgabe und die Abschaffung der Absetzbarkeit von Managergehältern, denn: „Es ist Zeit, dass jene, die bisher privilegiert waren, einen gerechten Beitrag zur Krisenbewältigung leisten“, fordert Tumpel.

### **Steuern und Sparen mit Augenmaß**

Einmal mehr ist festzuhalten, dass die Budgetkonsolidierung mit der konjunkturellen Entwicklung steht und fällt. Ein Prozentpunkt höheres Wirtschaftswachstum verbessert das Budgetdefizit um bis zu 0,5 Prozent des BIP bzw. über eine Milliarde Euro. Das beweist das aktuelle Jahr besonders eindrucksvoll. In den ersten acht Monaten des heurigen Jahres beschleunigte sich die Erholung, und damit entwickelten sich auch die Steuereinnahmen deutlich besser. Insbesondere die stabile Nachfrage bescherte einen Umsatzsteuerzuwachs gegenüber dem Vorjahr von fast 800 Millionen Euro. Hinzu kommt die vollkommen überzogene Budgetierung für die Zinsen auf die Staatsschuld, die bei anhaltendem Trend wohl um rund zwei Milliarden Euro überschätzt wurde.

Es wäre ein Fehler, nun weiterhin stur am Konsolidierungsvolumen von rund drei Milliarden Euro festzuhalten, wenn das Defizit heuer bereits um über eine Milliarde Euro kleiner ist. Tumpel erinnert daran, dass er gemeinsam mit Gewerkschaftspräsident Erich Foglar bereits im April vor einem falschen Konsolidierungsansatz warnte: „Damals wie heute gilt: Ja, das Defizit muss gesenkt werden, aber es muss darauf geachtet werden, dass die guten Voraussetzungen für Wachstum und Be-

schäftigung weiter verbessert werden. Insbesondere Konsolidierungsmaßnahmen, die die Kaufkraft schwächen, sind zu vermeiden.“

„Ich fordere die Regierung auf, den Budgetspielraum wie im Strategiebericht angekündigt für Offensivmaßnahmen zu nutzen“, so Tumpel, „zwei Prozent Wachstum sind zu wenig, um die Arbeitslosigkeit auf Vorkrisenniveau zu senken. Hier sollte zusätzlich in wichtige Zukunftsbereiche wie etwa den Ausbau der Kinderbetreuung, Rehabilitation vor Pension, die Gesundheitsstraße sowie in die Qualifizierung von Jugendlichen investiert werden.“ Eine Studie der Arbeiterkammer hat gezeigt: Dies würden nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch Lebensqualität steigern und Wachstumschancen für die Zukunft eröffnen – und ganz nebenbei auch noch das Budget entlasten. Schon nach wenigen Jahren übersteigen bei diesen Maßnahmen die Einnahmen die Ausgaben. „Hier können mit Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche nicht nur sozialpolitische und ökonomische Ziele erreicht werden, sondern auch noch eine nachhaltige Budgetkonsolidierung erreicht werden. Die Regierung ist daher gefordert rasch in diese Bereiche zu investieren. Niemand würde verstehen, wenn die Regierung finanzielle Spielräume lieber für eine übereifrige Defizitreduktion statt für Zukunftsinvestitionen nützt“, ist Tumpel überzeugt.